

6. Europaministerkonferenz

am 24. März 1994

in Bonn

Beschluß zu Top 1a

Deutsche Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 1994

Anliegen der Länder an die Deutsche Ratspräsidentschaft

Europa ist derzeit mit schwierigen Entwicklungsproblemen und Herausforderungen konfrontiert: abnehmende Wettbewerbsfähigkeit, die beängstigend hohe Zahl der Arbeitslosigkeit, die Bewahrung von gesamteuropäischer Sicherheit und Stabilität, die Neuordnung der internationalen Beziehungen. Über die Perspektive der europäischen Integration besteht derzeit kein Konsens. Viele Bürgerinnen und Bürger fürchten den Verlust nationaler oder regionaler Identitäten. Vor diesem Hintergrund trägt die Bundesrepublik Deutschland in ihrer Ratspräsidentschaft eine besondere Verantwortung für die weitere Festigung und Vertiefung der europäischen Integration. Durch die Umsetzung des Maastrichter Vertrages muß die Chance zur Überwindung der inneren Probleme im Interesse der Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union und zur Sicherung der internationalen Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft genutzt werden. Dazu gehört auch, Demokratie und Bürgernähe der Europäischen Union zu stärken.

Die Europaminister und -senatoren betonen ihre Mitverantwortung für die Vorbereitung der deutschen Ratspräsidentschaft und bitten die Bundesregierung um Berücksichtigung folgender Forderungen:

1. Für ein bürgerfreundliches Europa und eine demokratische Infrastruktur

Die Stärkung der Bürgernähe muß ein vorrangiges Ziel der deutschen Ratspräsidentschaft sein. Bürgernähe ist vor allem dadurch erreichbar, daß unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips Problemlösungen in denjenigen Bereichen erzielt werden, die die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Bürgerinnen und Bürger direkt berühren und verbessern.

Für mehr Transparenz und Bürgernähe der Europäischen Union ist auch die Öffentlichkeit der Vorgänge in der Europäischen Union von entscheidender Bedeutung. Das bestehende Informationsdefizit über den gemeinschaftlichen Willensbildungsprozeß, die bestehenden Strukturen und Verantwortlichkeiten und die konkreten Ergebnisse der Subsidiaritätsprüfung muß abgebaut werden. Die Europaminister und -senatoren fordern daher die Bundesregierung zur öffentlichen Darlegung der Ergebnisse von Räten und zur Unterstützung öffentlicher Ratstagungen auf. Zudem sollte die deutsche Präsidentschaft eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem vom Europäischen Parlament ernannten Bürgerbeauftragten pflegen. Dieser kann zu einer wichtigen Anlaufstelle für die Probleme der Unionsbürger werden.

2. Zur Stärkung der Rolle des Regionalausschusses

Im Interesse einer festen Verankerung der Regionen und Kommunen Europas im gemeinschaftlichen Willensbildungsprozeß halten die Europaminister und -senatoren eine intensive Zusammenarbeit der deutschen Ratspräsidentschaft mit dem Regionalausschuß für erforderlich. Sie bitten die Bundesregierung, während der deutschen Präsidentschaft Maßstäbe einer guten Zusammenarbeit mit dem Ausschuß der Regionen zu setzen und - auch in Vorbereitung der Regierungskonferenz 1996 - alle Initiativen zu unterstützen, die dessen Arbeitsfähigkeit und die Beteiligung der Regionen an der gemeinschaftlichen Entscheidungsfindung stärken. Das schließt auch seine ausreichende finanzielle Ausstattung ein.

3. Zur Stärkung der Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament

Die Europaminister und -senatoren unterstützen nachdrücklich die Absicht der Bundesregierung, die Beziehungen zum Europäischen Parlament besonders zu pflegen. Sie unterstreichen die Notwendigkeit der vollen Anerkennung seiner demokratischen Mitspracherechte. Für vordringlich halten sie ebenfalls eine möglichst weitgehende Beteiligung des Europäischen Parlaments am Willensbildungsprozeß im Bereich Inneres und Justiz.

4. Erweiterung der Gemeinschaft um EFTA-Staaten

Die Europaminister und -senatoren bitten die Bundesregierung, sich nachdrücklich für eine zügige Erweiterung der Gemeinschaft um die EFTA-Beitrittsstaaten einzusetzen und darauf hinzuwirken, daß die Ratifikationsverfahren zum frühestmöglichen Zeitpunkt abgeschlossen sind. Unbeschadet des zeitlichen Ablaufs der Erweiterung halten sie eine frühzeitige, partnerschaftliche Einbeziehung dieser Länder in die Vorbereitungen der Regierungskonferenz für geboten.

5. Beziehungen zu den assoziierten mittel- und osteuropäischen Staaten

Die Europaminister und -senatoren messen der vollen Ausschöpfung der Möglichkeiten der Zusammenarbeit, die in den Europaabkommen und den Gipfelbeschlüssen von Kopenhagen vereinbart wurden, ein hohes Gewicht bei. Die Kooperation und Koordination mit diesen Staaten muß unter kreativer Nutzung bestehender tatsächlicher und rechtlicher Möglichkeiten vorangetrieben werden. Sie fordern daher die Bundesregierung auf, sich bei Problemen von übergreifendem europäischen Interesse um geeignete Formen der fach-

lichen Zusammenarbeit des Rates mit den Regierungen der MOE-Staaten zu bemühen und diesbezügliche Initiativen während der deutschen Präsidentschaft zu ergreifen.

Die Europaminister und -senatoren bitten die Bundesregierung, die Erfahrungen und Probleme des deutschen Einigungsprozesses, insbesondere auf den Gebieten Wirtschaft, Handelsförderung, Ausbildung, Kultur und der Rechtsangleichung den europäischen Partnern zu vermitteln und in die Ausarbeitung der Zusammenarbeit mit den MOE-Staaten einzubeziehen. Die Europaminister erinnern in diesem Zusammenhang auch daran, daß kommunale und regionale Partnerschaften eine wichtige Rolle in den Beziehungen zu Bürgern aus MOE-Staaten spielen können. Die vom Europäischen Parlament festgelegte neue Haushaltslinie zur Förderung einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist hierzu ein guter Ansatz. Es muß sichergestellt werden, daß dieses Finanzierungsinstrument auch in den kommenden Jahren zur Verfügung steht.

In bezug auf die GUS-Staaten bitten sie die Bundesregierung, sich für eine Unterstützung von kommunalen und regionalen Partnerschaften im Rahmen des Hilfsprogramms TACIS einzusetzen.

6. Arbeitsweise der Ratsgremien und des Rates

Die Europaminister und -senatoren bitten die Bundesregierung, während der deutschen Präsidentschaft der vollen Anerkennung der deutschen Sprache als Arbeitssprache in der Europäischen Union besondere Aufmerksamkeit zu schenken. In diesem Zusammenhang sollten keine Vorlagen behandelt werden, die nicht rechtzeitig auch in deutscher Sprache vorlagen. Weiterhin sollte darauf hingewirkt werden, daß Dokumente von vornherein in drei Sprachfassungen (Arbeitssprachen) erarbeitet werden. Bei den Einstellungsbedingungen für eine Tätigkeit bei der Europäischen Union sollte die Beherrschung von zwei Fremdsprachen gefordert werden.

Die Europaminister und -senatoren bitten die Bundesregierung außerdem, sich nachdrücklich bei ihren Planungen darum zu bemühen, daß den Mitgliedstaaten ausreichende Fristen zur Meinungsbildung zu Vorlagen und zu Zwischenergebnissen von Beratungen gegeben sind.

7. Vorbereitung der Regierungskonferenz 1996

Die Europaminister und -senatoren fordern die Bundesregierung auf, der Vorbereitung der für 1996 vorgesehenen Regierungskonferenz während ihrer Präsidentschaft eine hohe Priorität einzuräumen. Ziel dieser Regierungskonferenz sollte es im institutionellen Bereich sein, die Vielzahl und Unübersichtlichkeit der Verfahren durch eine neue Rechtsstruktur zu vereinfachen. Bei allen wichtigen Entscheidungen sollte das Europäische Parlament in der Gesetzgebung eine gleichberechtigte Stellung neben dem Rat erhalten. In diesem Zusammenhang geht es auch um eine bessere Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichheit der Wahl und eine klare Abgrenzung der Kompetenzen. Mehrheitsentscheidungen im Rat sollten zur Regel werden. Während der deutschen Präsidentschaft sollte bereits die öffentliche Diskussion über die angestrebten Reformen initiiert werden.

**6. Europaministerkonferenz
am 24. März 1994
in Bonn**

Beschluß zu Top 1b

Europa-Woche anlässlich der Deutschen Ratspräsidentschaft

Die Europaminister und -senatoren begrüßen die Absicht der Vertretung der Europäischen Kommission in der Bundesrepublik Deutschland, vom 21. bis 27. November 1994 im Rahmen der Deutschen Ratspräsidentschaft eine "Europa-Woche" in den Ländern durchzuführen.